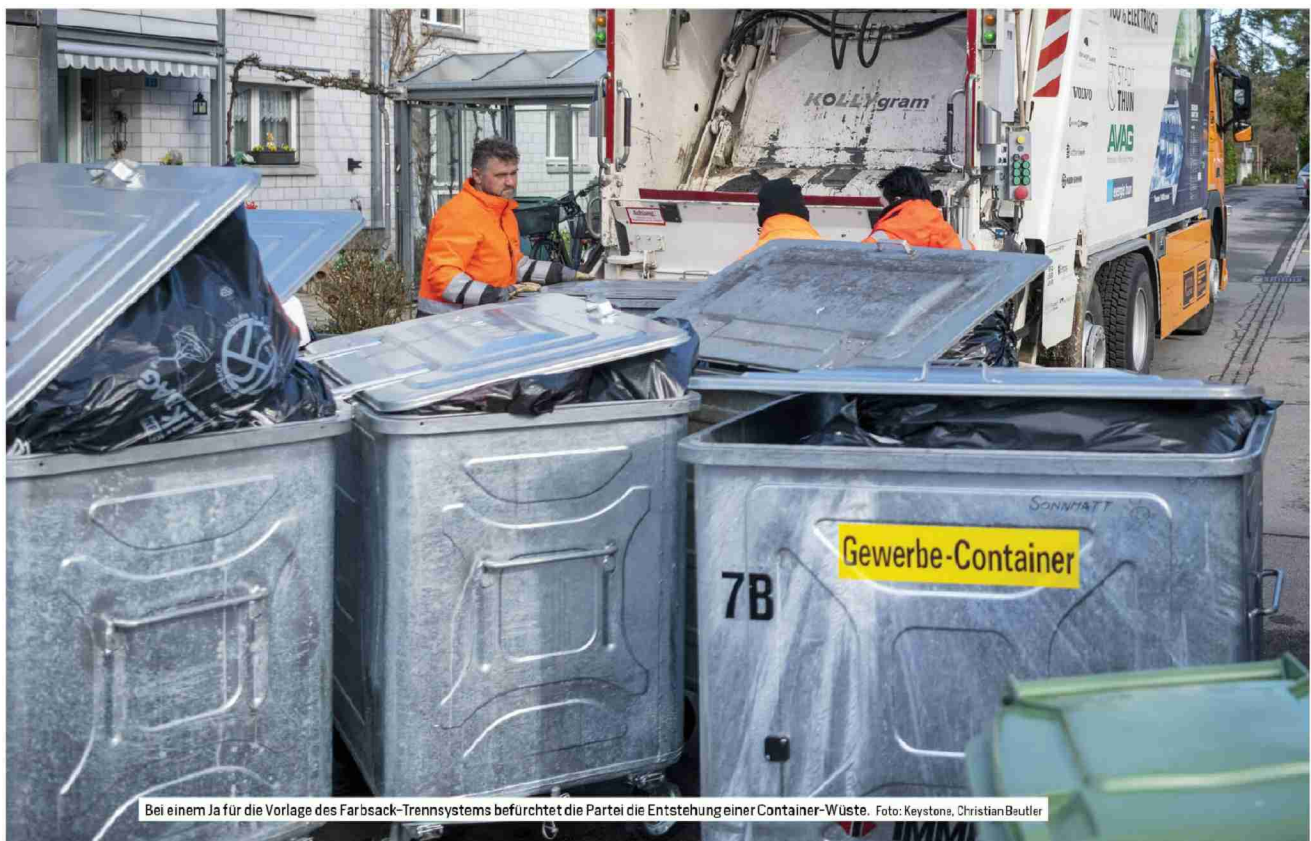


Angst vor Container-Wüste

Am 28. November finden nicht nur nationale, sondern auch städtische Abstimmungen statt. Die FDP.Die Liberalen Stadt Bern haben an ihrer Mitgliederversammlung unter anderem die Nein-Parole zur Vorlage des Farbsack-Trennsystems sowie für das Budget 2022 beschlossen.



Bei einem Ja für die Vorlage des Farbsack-Trennsystems befürchtet die Partei die Entstehung einer Container-Wüste. Foto: Keystone, Christian Bautler



STADT BERN Die Stadt Bern werde ihr Eigenkapital («Bilanzüberschuss») nächstes Jahr aufgebraucht haben und in ein hohes zweistelliges Millionendefizit rutschen. Damit werde sie dem Kanton gegenüber rechenchaftspflichtig. Die Nein-Parole zum Budget 2022 erfolgte einstimmig. Bezüglich der Teilrevision der städtischen Bauordnung zu den Zwischennutzungen beschloss die FDP Stadt Bern die Stimmfreigabe und bezüglich der Nutzung und Gestaltung der Laubengeschosse die Nein-Parole. Die Partei unterstützte die Überführung des Alters- und Pflegeheims Kühlewil in eine neue Trägerschaft mit der Ja-Parole und fasste zur Vorlage des Farbsack-Trennsystems die Nein-Parole, teilt die Partei in ihrer Medienmitteilung mit.

Verlust des finanziellen Handlungsspielraums befürchtet

Am Abstimmungssonntag im November wird dem Stadtberner Stimmvolk ein hochrotes Budget zur Abstimmung vorgelegt. Trotz neuer Abgaben, welche Bevölkerung und Gewerbe zusätzlich belasten, sieht das Budget 2022 ein Defizit von 51,8 Millionen Franken vor. Übersteigt das Defizit in den Folgejahren einen gewissen Schwellenwert oder hält es über drei Jahre lang an, droht die Festlegung des Budgets und der Steueranlage durch den Berner Regierungsrat. Die FDP ist der Meinung, dass die Stadt Bern bald Gefahr laufe, ihren finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren. «Ursache des Defizits sind zu hohe Aufwände. Die Stadtberner Bevölkerung ist im Vergleich zu 2016 um ein Prozent und die Steuereinnahmen der Stadt sind um neun Prozent gewachsen. Im gleichen Zeitraum sind die Aufwände um zwölf Prozent angestiegen. Folglich hat die Stadt Bern ein Ausgabe- und kein Einnahmeproblem», argumentierte JF-Stadträtin Florence Schmid. Die Mitglieder der FDP Stadt Bern sehen das genauso. Sie haben einstimmig die Nein-Parole beschlossen.

Stimmfreigabe und Nein-Parole bei den Teilrevisionen der städtischen Bauordnung

Für die Teilrevision der städtischen Bauordnung im Zusammenhang mit Zwischennutzungen sei während der Mitgliederversammlung der FDP Stadt Bern eine lebendige Diskussion entstanden. Für die Vorlage spreche eine möglichst unbürokratische Nutzung leerstehender Liegenschaften, jedoch sei vor allem die lange Dauer der Zwischennutzungen von bis zu zehn Jahren ein Gegenargument. Bei der Parolenfassung wurde schlussendlich 14 Ja- und 14 Nein-Stimmen abgegeben und somit die Stimmfreigabe beschlossen.

Bezüglich der Teilrevision der städtischen Bauordnung betreffend der Nutzung und Gestaltung der Laubengeschosse habe FDP-Stadträtin Ursula Stöckli betont, dass diese Vorlage zu einschränkend sei: «Auch ein Architekturbüro oder eine Werkstatt tragen zu einer lebendigen Altstadt bei. Dies wäre in Zukunft nicht mehr möglich, weswegen wir diese Revision ablehnen». Die Mitgliederversammlung folgte dieser Argumentation mit 30 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Sorge, dass es zu einer Container-Wüste kommen könnte

Kritische Voten habe es auch zur Vorlage des Farbsack-Trennsystems gegeben. Aus Sicht von FDP-Stadträtin Ursula Stöckli beanspruche dieses zu viel Platz, welcher anders verwendet werden könnte. «Wir anerkennen, dass die Einführung der Container-Pflicht eine körperliche Entlastung für das Personal mit sich bringen würde. Mit den zwei neuen zusätzlichen Containern pro Haus wird es in Teilen der Stadt zu einer Container-Wüste kommen», so Stöckli. Zwar werde das Aufstellen der Container als freiwillig bezeichnet, durch die anfallende Gebühr, welche bezahlt werden muss, wenn kein Container aufgestellt werden kann, bestehe jedoch indirekt ein Zwang für die Vermieter. Die Mitglieder-

versammlung beschloss grossmehrheitlich mit vier zu 23 Stimmen bei vier Enthaltungen die Nein-Parole.

Heim soll langfristiges und hochstehendes Angebot aufrechterhalten können

Zur Überführung des Alters- und Pflegeheims Kühlewil in eine neue Trägerschaft fassten die Mitglieder der FDP Stadt Bern einstimmig die Ja-Parole. Um in Kühlewil ein längerfristiges, qualitativ hochstehendes Angebot aufrechterhalten zu können, müsse das Heim Teil einer integrierten Versorgungskette werden, wie Co-Fraktionspräsident Tom Berger ausführte. «Mit der Siloah AG konnte die optimale Partnerin für eine zukunftsträchtige Lösung gefunden werden».

Ausbau des Schulraums benötige eine nachhaltige Finanzpolitik

An der Mitgliederversammlung der FDP Stadt Bern vom Montagabend waren zudem Franziska Teuscher, Gemeinderätin und Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, und Jörg Moor, stellvertretender Leiter des Schulamtes, zu Besuch. Mit ihnen wurde diskutiert, ob der Stadt Bern bald der Schulraum ausgehe. Diesbezügliche Herausforderungen seien mit Verzögerungen durch Einsparungen, Bauvorschriften oder Einschränkungen des Denkmalschutzes zu rechnen, so Teuscher. Es müssten entsprechend angepasste Lösungen gesucht und dabei alle betreffenden Akteure involviert werden. Das prognostizierte Wachstum der Schülerzahlen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erfordere auch hohe finanzielle Investitionen, was aufgrund der aktuellen Stadtfinanzen eine besondere Problematik darstelle. Die Fraktion FDP/JF hat bereits mehrere Vorstösse im Stadtrat eingereicht, welche genügend Schulraum in allen Quartieren fördern. Für den Stadtberner Freisinn ist klar, dass es eine nachhaltige Finanzpolitik bedarf, damit es auch morgen noch genügend Geld für Schulraumprojekte haben wird.

pd/meb

Nr. 194541, online seit: 29. Oktober - 08.00 Uhr